

AUSGABE VOM 21. APRIL 2023

### Extremismusbekämpfung: Verfassungsschutz bleibt unverzichtbar

Angesichts steigender Zahlen bei politisch motivierten Straftaten hat der CDU-Bundestagsabgeordnete und Unions-Extremismus-Experte Michael Breilmann anlässlich der Vorstellung des NRW-Verfassungsschutzberichtes 2022 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden gedankt: „Ich bin froh, dass unser Verfassungsschutz unter Innenminister Reul gut aufgestellt ist und hervorragende Arbeit leistet. Er bleibt als Instrument zum Schutz unserer Demokratie und Freiheit unverzichtbar!“ Neben dem Extremismus seien Spionage und Cyberangriffe eine Gefahr. Geheimdienste aus Russland, China und Iran seien dabei Hauptakteure. MdB Breilmann: „Extremisten und Terroristen dürfen sich in Deutschland niemals sicher fühlen. Wie akut die Gefahr ist, hat auch der vereitelte Terroranschlag von Castrop-Rauxel gezeigt“. Die Ampel müsse bei der Vorratsdatenspeicherung handeln. Der Bundesverfassungsschutz benötige zudem Befugnisse zur Online-Durchsuchung.

### Migration: Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte am 30. März 2023 Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren. Aus den vielen Beiträgen und Forderungen beim Kommunalgipfel wurde nun - wie vor Ort zugesagt - ein Antrag mit dem Titel „Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – Kommunen in der Migrationspolitik unterstützen, Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen“ formuliert.



„Wir haben zugehört und Wort gehalten“: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann lobt den als Ergebnis des Kommunalgipfels erstellten Antrag, in dem auch die Anliegen von Kommunen aus der Region eingespeist wurden. (Foto: Privat)

Weniger Anreize, Stopp aller Anlock-Programme, mehr Binnengrenzschutz und Zurückweisungen: CDU und CSU fordern vom Bund eine neue Flüchtlingspolitik! In dem gemeinsamen Antrag der Union für den Deutschen Bundestag heißt es: Solange die EU-Außengrenze nicht sicher ist, sollen „lagebedingt“ feste Kontrollen auch an den Grenzen zu Tschechien und zur Schweiz stattfinden. Die Sozialleistungen für nicht anerkannte Asylbewerber sollen gesenkt und europaweit auf ein vergleichbares Maß gebracht werden. Für Deutschland würde das ein Absenken der Zahlungen an Asylbewerber bedeuten! Zudem müsse der Bund die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Menschen für die Kommunen komplett übernehmen.

CDU-MdB Michael Breilmann: „Es ist gut, dass wir mit unserem Antrag die Hilferufe aus den Kommunen mit guten Lösungsvorschlägen beantworten. Damit Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden kann, muss irreguläre Migration begrenzt und auf besonders Unterstützungsbedürftige konzentriert werden. Wir schlagen vor, endlich auf europäischer Ebene ein wirksames Asyl-Grenzverfahren einzuführen und Außengrenzen effektiver zu schützen. Außerdem muss die Bundesregierung endlich Signale stoppen, die weltweit als weitere Anreize für zusätzliche irreguläre Migration und die unbedingte Weiterreise nach Deutschland verstanden werden können.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

vielen im Regierungshandeln der Ampel ist mit gesundem Menschenverstand nicht mehr zu begreifen. Jüngstes Beispiel: das Chaos bei der Wärmewende.



Ganze viermal hat sich die Koalition in Berlin auf ein Einbauverbot für neue Öl- und Gasheizungen geeinigt und trotz nächtelanger Verhandlungen, eines Gesetzentwurfes und eines Kabinettsbeschlusses ist der Streit über den Austausch klimaschädlicher Heizungen noch nicht beigelegt. Im Gegenteil! Es könnten enorme Kosten auf Eigenheimbesitzer und Mieter beim Heizungsaustausch und der Dämmung zukommen. Bis heute wissen sie nicht, auf welche Förderung sie hoffen dürfen. Verunsicherung pur auch bei uns in der Region.

Es ist geradezu grotesk, wenn die FDP jetzt zeitgleich mit dem Kabinettsbeschluss ankündigt, dass sie im Bundestag Opposition gegen die Pläne der eigenen Koalition machen wird, denen sie gerade erst auf Regierungsebene zugestimmt hat. Das ist eine Bankrotterklärung der Glaubwürdigkeit – und schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz. Wir brauchen keine Wärmewende mit der Brechstange, sondern eine die die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Dazu gehören Technologieoffenheit und klare Förderregeln, aber auch realistische Fristen. Wir werden daher als Oppositionsfraktion in Berlin alles dafür tun, dass dieses Gesetz so nicht kommt.

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



instagram.com/mbreilmann/

www.michael-breilmann.de



facebook.com/mbreilmann

### China-Strategie: CDU/CSU stellt Eckpunkte vor

Im Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien vereinbart, eine „umfassende China-Strategie in Deutschland“ zu erarbeiten. Weder diese Ankündigung noch die für das erste Regierungsjahr ebenfalls vorgesehenen Vorlage einer umfassenden Nationalen Sicherheitsstrategie hat die Ampel bislang erfüllt. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion diese Woche Eckpfeiler einer China-Strategie beschlossen, mit der sie auf die neue politische und wirtschaftliche Stärke der Volksrepublik reagiert. Das [Papier](#) sei eine Reaktion auf den anhaltenden Streit in der Ampel-Koalition um die richtige China-Strategie.

„Wir tun hier etwas, das die Bundesregierung schon längst hätte tun sollen“, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am Dienstag mit Blick auf die ausbleibende Positionsbestimmung der Regierung. Für den Sommer kündigte er zudem einen Fachkongress der CDU/CSU mit Experten an, auf dem über den geeigneten Umgang mit China diskutiert werden soll. China sei zugleich Wettbewerber und Wirtschaftspartner wie systemischer Rivale. Daher gehe es nicht um eine Abkopplung Deutschlands und Europas von China, aber sehr wohl um eine Minimierung der Risiken, so MdB Breilmann.

### Scholz/Warburg: Ausschuss zur Affäre beantragt



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion pocht auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Finanzskandal bei der Hamburger Warburg-Bank. Hat der heutige Kanzler der Öffentlichkeit, den Abgeordneten des Bundestages und denen der Hamburger Bürgerschaft die Wahrheit gesagt? Geht es bei den bestehenden Widersprüchen und Erinnerungslücken um einen tatsächlichen oder um einen taktischen Erinnerungsverlust? Der Bundestag verwies den [Antrag](#) am Donnerstag an den Geschäftsordnungsausschuss. CDU-MdB Michael Breilmann: „Diese Steueraffäre muss aufgeklärt werden. Für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses habe auch ich, ein Viertel der Mitglieder des Bundestages sind nötig, meine Unterschrift geleistet. Es muss klar werden, welche Rolle Olaf Scholz dabei spielte.“ (Bild: Privat)

### Energiapolitik: CDU/CSU kritisiert AKW-Abschaltung

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch auf Verlangen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Weiternutzung der Kernkraft: Für eine zuverlässige und klimafreundliche Energieversorgung in Krisenzeiten“ debattiert. In einer Debatte verlangte die Union, die verbliebenen Kernkraftwerke wieder hochzufahren und bis mindestens Ende 2024 laufen zu lassen. Außerdem müsse ein Rückbaumoratorium verhängt werden. Bei dem Abschalten der letzten drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke in Deutschland am vergangenen Wochenende handle es sich nach Ansicht der Union-Fraktion um einen „Sieg der ideologischen Sturheit über die praktische Vernunft“. Das Land befinde sich mitten in einer Krisensituation, aber statt die klimaneutrale Kernenergie weiter zu nutzen, setze die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Kohle. Das sei „unverantwortlich“ und bedeute in Summe 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mehr. Die Union fordere deswegen, die drei AKW umgehend wieder hochzufahren, um einen vorübergehenden Weiterbetrieb „bis mindestens Ende 2024“ zu ermöglichen. Zudem brauche es ein Rückbaumoratorium – die Ampel dürfe jetzt nichts tun, was unumkehrbar sei.

Am 15. April 2023 sind die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen. Die Strompreise in Deutschland gehören schon jetzt zu den höchsten aller Industrieländer. Verbraucher und Industrie leiden unter hohen Energiekosten. Experten erwarten, dass die infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretene Energiekrise zumindest bis zum Winter 2023/2024 anhalten wird und die Herausforderungen in der kommenden kalten Jahreszeit eher größer sein werden als in der zurückliegenden. Statt Kernkraft wird in Deutschland verstärkt Stein- und besonders klimaschädliche Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt. Zudem wird Strom importiert, u.a. aus französischen Kernkraftwerken und polnischen Braunkohlekraftwerken. Mit Unverständnis reagiert auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann: „Ich halte die Entscheidung der Bundesregierung zum Aus für Kernkraft in der jetzigen Lage für rein ideologisch und falsch. Ein befristeter Weiterbetrieb wäre ein wichtiger Beitrag, um Versorgungssicherheit, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und einen effektiven Klimaschutz gleichermaßen zu gewährleisten“. Der Ausstieg aus der Kernkraft bei gleichzeitiger Einfuhr von Atomstrom sei grotesk und passe nicht zusammen. Die deutschen Nuklearanlagen gehörten zu den sichersten weltweit.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 28 der 20. Wahlperiode

21. April 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häbeler